

 SANKTIONSLISTE DER EU

Meinungsfreiheit: Was Ostdeutsche im Fall Jacques Baud früher erkennen als andere

Der Fall des Schweizer Militäranalysten Jacques Baud zeigt, wie schnell abweichende Meinungen institutionell sanktioniert werden. Ostdeutsche erkennen darin ein altbekanntes Prinzip.

Harald Melzer

12.01.2026  13.01.2026, 16:55 Uhr



Internationale Persönlichkeiten protestieren jetzt gegen die Sanktionen, die die EU gegen Jacques Baud verhängt hat.

Gregory Yetchmeniza/imagio

Meinungsfreiheit stirbt selten im Erlass, sondern erodiert leise: in der feinen Verschiebung dessen, was noch sagbar ist, ohne Folgen zu haben. In Deutschland und Europa wächst bei immer mehr Menschen der Eindruck, dass diese Verschiebung längst eingesetzt hat. Nicht, weil Kritik verboten wäre, sondern weil sie ihren Preis bekommen hat. Denn wer heutzutage von der herrschenden Deutung politischer Fragen abweicht, riskiert nicht nur einen Reputationsverlust.

Der Fall des Schweizer Militäranalysten Jacques Baud zeigt, wie schnell Abweichungen in Ausgrenzung münden. Nicht gesellschaftlich, sondern politisch angeordnet, in Form von Sanktionen. Sichtbar wird dabei ein Muster, das über den Einzelfall hinausweist: Widerspruch wird nicht mehr primär ausgehalten oder widerlegt, sondern administrativ begrenzt.

Genau diese Verschiebung wird in Ostdeutschland scheinbar sehr viel deutlicher

wahrgenommen als im Rest der Bundesrepublik. Denn die Menschen erkennen darin ein altbekanntes Prinzip: Nicht der argumentative Streit entscheidet, sondern die Grenzziehung des Sagbaren, und wer diese Grenze überschreitet, wird nicht offen zum Schweigen gebracht, sondern schrittweise aus dem Diskurs gedrängt.

Von der EU sanktioniert

Rückblick: Die Berliner Zeitung veröffentlichte eine Solidaritätserklärung, in der internationale Persönlichkeiten die Sanktionen der Europäischen Union gegen Jacques Baud kritisieren. Auffällig ist dabei weniger die inhaltliche Verteidigung seiner Analysen als die Kritik am Verfahren selbst. Der Appell zielt auf ein fundamentales Prinzip offener Gesellschaften: Politische Positionen müssen argumentativ geprüft und dürfen nicht administrativ aus dem Diskurs entfernt werden.



Auch der Historiker Peter Brandt unterschrieb den Appell.
Markus Wächter

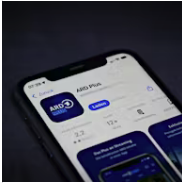
Was war geschehen? Baud wurde von der EU sanktioniert – ohne vorherige richterliche Prüfung und ohne Anhörung. Auffällig ist auch, wer den Aufruf unterzeichnet hat. Zu den Unterzeichnern gehören der Journalist Patrik Baab, der Publizist Michael Andrick, der Schriftsteller Volker Braun, der amerikanische Autor Max Blumenthal, der frühere OSZE-Berater Ralph Bosshard, der Medienwissenschaftler Joseph Boyd-Barrett, der Historiker Peter Brandt, der Philosoph und RLS-Vorstand Michael Brie sowie der konservative amerikanische Ex-Diplomat James W. Carden.

Die Milieus, denen die Unterzeichner zugeordnet werden, reichen von linken Intellektuellen über liberale Publizisten bis hin zu außenpolitischen Realisten. Gerade diese Breite verleiht der Erklärung Gewicht: Die Kritik kommt nicht aus einem politischen Lager, sondern aus sehr unterschiedlichen Richtungen.



Zoff in Brandenburg vs. Geschlossenheit in Berlin: „Es ist Zeit für eine Zäsur“

Ostdeutschland gestern



Aufregung über ARD-Streamingangebot: „Wofür bezahle ich GEZ?!“

Kultur gestern

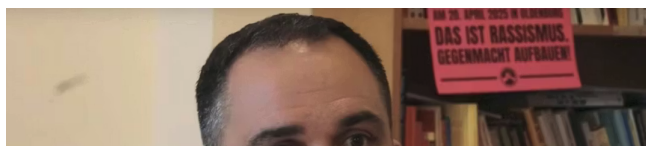


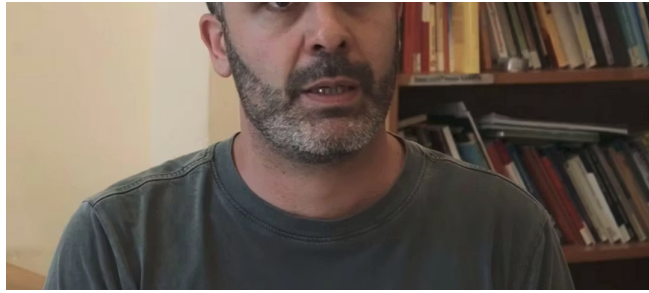
Was Baud vorgeworfen wird

Die EU begründet die Sanktionen damit, dass Baud in Vorträgen, Interviews und Veröffentlichungen „russische Narrative“ verbreite. Gemeint sind seine Einschätzungen zum Ukraine-Krieg, zur Rolle der Nato und zu den Ursachen des Konflikts. Während die offizielle westliche Linie den Krieg primär als Folge russischer Aggression interpretiert, betont Baud geopolitische Vorbedingungen, westliche Fehlentscheidungen und die Mitverantwortung der Nato aufgrund der Pläne zur Osterweiterung. Baud wird weder die Fälschung von Belegen noch der Aufruf zu Gewalt vorgeworfen – sondern eine politische Deutung, die von der vorherrschenden Interpretation abweicht. Diese Abweichung gilt als sicherheitsschädlich. Das genügt.

Die Folgen sind gravierend: Konten werden gesperrt, Vermögen eingefroren, Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Baud will juristisch dagegen vorgehen. Zugleich beschreibt er die praktische Lage in drastischen Worten. In einem Gespräch mit seinem Verleger Karsten beklagt er, er sei „im Grunde genommen gefangen in einem Lager, das Belgien heißt“.

Gegen ihn gelte in der EU ein Reiseverbot, somit könne er nicht in sein Heimatland, die Schweiz, zurückkehren. In Belgien wiederum könne er seine Konten nicht nutzen, da sie gesperrt seien. Wer weder reisen noch über eigenes Geld verfügen kann, ist nicht verhaftet, aber faktisch handlungsunfähig. Ohne verfügbare Mittel kein Anwalt, ohne Bewegungsfreiheit kaum Zugang zu Gerichten. Der Rechtsstaat existiert formal weiter – praktisch wird der Betroffene ausgeschaltet. Es ist kein Verfahren, das zu einem Urteil führt. Es ist ein Ausschluss, der vollzogen wurde, bevor ein Gericht gesprochen hat.



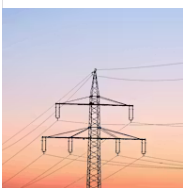


Hueseyin Dogru ist ebenfalls von EU-Sanktionen betroffen.
privat

Für viele Ostdeutsche ist das kein abstraktes Problem

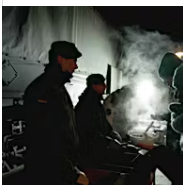
Gerade für viele Ostdeutsche ist diese Form der Ausgrenzung keine abstrakte Angelegenheit. In der DDR sprach man von „Zersetzung“: Oppositionelle wurden nicht zwingend verhaftet, sondern durch administrative Maßnahmen aus dem gesellschaftlichen Leben gedrängt: durch Entzug beruflicher Perspektiven, durch soziale Isolation, durch die Zerstörung wirtschaftlicher Grundlagen. Offiziell blieben sie frei, faktisch aber marginalisiert. Keine Gerichte, keine öffentliche Auseinandersetzung, sondern Verwaltung als Mittel der Kontrolle.

Vor diesem Hintergrund sollte jedem klar werden, warum in Ostdeutschland die Skepsis gegenüber politischen Maßnahmen, die ohne offene Debatte auskommen, besonders ausgeprägt ist. Was sich heute als Sanktion oder Regelung darstellt, erinnert in seiner Wirkung an ein bekanntes Muster: Nicht Argumente entscheiden, sondern Zugänge, Ressourcen und Reichweite.



7,6 Milliarden Investition: Bundesregierung steigt bei Netzbetreiber Tennet ein

News gestern



Beim Stromausfall waren Polizei und Feuerwehr mit tausend Beamten im Einsatz – und das Bezirksamt mit 24

Berlin gestern



Wer die DDR erlebt hat, weiß, wie ein schwacher Staat funktioniert: Er erklärt sich moralisch überlegen und erklärt den Widerspruch zum Problem. Nicht die Tat zählt, sondern die Abweichung von der Linie. Kritik wird nicht widerlegt, sondern delegitimiert. Damals hieß

diese ideologische Klammer „Sozialismus“. Heute heißen die großen Erzählungen „Werte“, „Haltung“, „Narrativ“. Die Begriffe wechseln, der Mechanismus bleibt.

Das erklärt, warum viele Ostdeutsche politischen Botschaften aus Regierung und Leitmedien nicht mehr automatisch folgen. Man kann dies an Wahlentscheidungen und politischen Stimmungen beobachten. Die einfache Erzählung vom „bösen Russen“, mit der jede abweichende Analyse des Ukraine-Krieges moralisch disqualifiziert wird, überzeugt dort weniger. Nicht aus Sympathie für Moskau, sondern aus Erfahrung mit propagandistischen Mustern: Vereinfachung, Moralisierung, Ausblendung widersprüchlicher Fakten.

Baud ist kein Einzelfall

Natürlich ist die heutige Europäische Union keine Diktatur. Doch die Logik, Deutungskonflikte nicht mehr argumentativ auszutragen, sondern administrativ zu regeln, wirft Fragen auf.

Der von der Berliner Zeitung dokumentierte offene Brief formuliert deshalb eine grundsätzliche Warnung: Meinungsfreiheit verliert ihren Kern, wenn sie zwar formal besteht, praktisch aber durch Sanktionen ausgehöhlt wird.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.